



Bundewehr-Planer Naumann, Weisser, Rühe: „Angehoben mit heißer Luft“

wicklungen geprägt, die aus dem Spannungsfeld von weitreichenden Chancen und komplexen Risiken entstehen“.

Immerhin gelang es Kinkels Mitarbeitern, den Katalog der „Sicherheitsinteressen“ zu straffen. Weisser hatte ihn aus den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ übernommen, die er Ende 1992 wie ein „sicherheitspolitisches Feuilleton“ (Hardthöhen-Staatssekretär Jörg Schönbohm) redigiert hatte.

Die Liste schrumpfte von zehn auf fünf Punkte. So soll die Bundeswehr nicht länger für kolonialistische Ambitionen bereitstehen, wie sie auch Generalinspekteur Klaus Naumann vorzuschweben scheinen: Die Diplomaten tilgten das deutsche Interesse an „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.

Nur vage beschreibt das Weißbuch Zustand, Finanzierung und künftige Stärke der Bundeswehr. FDP-MdB Jürgen Koppelin: „Wenn’s konkret wäre, müßte Rühe wahrscheinlich seinen Hut nehmen.“ Um so schärfer zeigt der Text, wo fortan die Hauptaufgabe der Truppe liegen soll: fern der Heimat, um „Friedensstörer in die Schranken zu weisen“, auch „unter extremen Umweltbedingungen“.

Das Weißbuch, von Rühe als „politisch-konzeptionelle Antwort auf den Epochenbruch von 1989 und den fundamentalen Wandel des internationalen Systems“ gepriesen, fordert die „Landesverteidigung“ kaum noch als Aufgabe der Streitkräfte – mehr als 60mal dagegen den Einsatz zu internationalen „Friedensmissionen“.

Vom „möglichen Spektrum“ der Aktionen haben Weisser und seine Co-Autoren konkrete Vorstellungen. Es reicht

„von der modernen Guerilla-Kriegführung bis zum Einsatz gegen hochwertig ausgerüstete Streitkräfte“.

Da brauchen die deutschen Einsatzkräfte, so schmuggelte es Rühe in sein Buch, eine moderne und teure Ausrüstung von „qualitativ hohem Standard“. Unter fernen Sternen soll ja die Bundeswehr „in multinationalen Verbänden“ nebenbei als Werbeträger für die heimische Rüstungswirtschaft antreten.

„Deutsche Soldaten“, so der Weißbuch-Abschnitt Nummer 573, „sind nicht zuletzt Repräsentanten des modernen Industriestaates Deutschland.“ □

CSU

Sauberer Grant

Der Auftakt zum Wahljahr '94 gerät für die CSU zum Debakel:

Die Partei kommt nicht aus dem Amigo-Sumpf heraus.

Die Zeit zum Duschen und Umziehen nahm er sich noch. Dann rief Theo Waigel, gerade aus Detroit vom Treffen der sieben führenden Wirtschaftsnationen zurückgekehrt, aus seiner Bonner Wohnung den Parteifreund Gerold Tandler an. „Gerold“, so Waigel direkt, „das geht jetzt nicht mehr.“

* Am Freitag letzter Woche vor dem Parteiaus-schuß der CSU in Deggendorf.

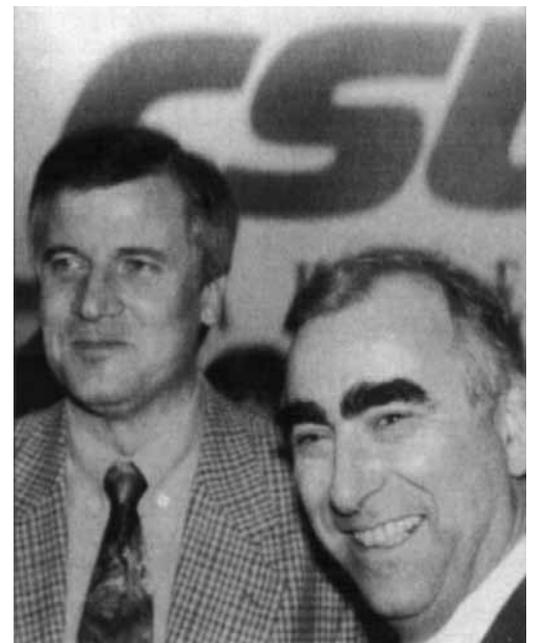
Damit war das politische Schicksal des stellvertretenden CSU-Vorsitzen- den besiegelt. Tags drauf, am vergangen- en Donnerstag, gab Tandler, 57, sei- nen Rücktritt bekannt. Er wolle der CSU die „öffentliche Auseinanderset- zung“ um seine Person nicht länger „zumuten“.

Den CSU-Vize, der erst im vergangen- en Oktober für zwei Jahre wiederge- wählt worden war, brachten undurch- sichtige Geschäftsbeziehungen zu dem Steuerflüchtling Eduard Zwick um sein Parteiamt. Den Ausschlag gab die Ent- hüllung im *Stern*, daß Tandler persön- lich von dem Bäderkönig einen Kredit über 700 000 Mark bekommen hatte. 200 000 Mark schuldet Tandler seinem Zwick noch immer.

Das hatte Tandler, in dessen Amtszeit als bayerischer Finanzminister (1988 bis 1990) die Finanzbehörden Zwicks Steu- erschulden in Höhe von 70 Millionen Mark gegen einen AbLaß von 8,3 Millio- nen Mark erließen, auf dem Parteitag im vergangenen Herbst geflissentlich verschwiegen.

Nach Tandlers Rückzug schwankt die Stimmung in der CSU zwischen Erleich- terung und Bestürzung. Nach Minister- präsident Max Streibl und Umweltmini- ster Peter Gauweiler ist nun auch der einstige Strauß-Intimus, Mehrfach-Mi- nister, CSU-Generalsekretär und Frak- tionsvorsitzende Tandler im Bayeri- schen Amigo-Sumpf untergegangen. „Ich hoffe“, entfuhr es dem Landtagsab- geordneten Max Strehle, „das ist der letzte Rücktritt, den wir brauchen.“

Vielleicht schon einer zuviel. Die SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt högte sich letzte Woche über die „italienischen Zustände“ in der



CSU-Chef Waigel (r.), Protegé Seehofer* Schachzug gegen Stoiber

ren U-Bahnhöfen bekämpfen sollen. Hier künden Vorboten von einer neuen lagerübergreifenden Bürgerlichkeit.

SPIEGEL: Vielleicht leiden Sie aber auch nur darunter, daß Sie wegen Ihrer Mandanten-Affäre als bayerischer Umweltminister zurücktreten mußten und Ministerpräsident Stoiber Ihnen hinterhergerufen hat, er habe keine Entscheidung lediglich für den Tag getroffen?

Gauweiler: Wenn es wenigstens eine Affäre gewesen wäre und nicht nur eine Gemeinheit! Jeder, der meine Abschiedskundgebung gesehen hat, konnte hören, daß ich nicht gegangen bin, um nach dem Beispiel des Jürgen Möllemann nach einigen Monaten wieder Minister spielen zu dürfen. Stoiber, der das wußte, hat also ohne Not nachgetreten. Was ich will, ist, daß die CSU gewinnt und wieder so unerschütterlich wird, wie es Strauß uns vorgemacht hat.

SPIEGEL: Es sind die Altlasten aus der Ära Strauß, die jetzt abgestreift werden sollen . . .

Gauweiler: . . . abgestreift werden soll die ganze Politik von Strauß. Nur war diese für Bayern und die CSU nicht Last, sondern Gewinn, von dem wir heute noch leben. Eine CSU ohne Strauß wäre wie Gaullisten ohne de Gaulle. Wenn die Gaullisten sich irgendwann eine negative Bewertung ihres Generals einreden ließen, wäre dies das Ende ihrer Bewegung. Amigo-System, Freundschaftsbeziehungen: Seit ewigen Zeiten wird mit solchen Vorwürfen gearbeitet. Beeindruckt haben sie uns ernsthaft niemals.

SPIEGEL: Stoiber argumentiert, derlei Affären würden heute anders bewertet als vor zehn Jahren.

Gauweiler: Das glaube ich nicht. Abgesehen davon, daß man sich vor zehn Jahren genauso an die Gesetze zu halten hatte wie heute: In der Politik spielt das Skandalisierungs-Tamtam als Bestandteil unfairen Handelns eine Rolle, seit es Politik als gelebte Geschichte gibt. Daß man den Gegner verteufelt, weil man ihn durch Leistung nicht schlagen kann: das war die Politik der schwachen bayerischen SPD schon vor zehn Jahren und wird, wenn sie so weitermacht, auch in zehn Jahren ihr Hauptinteresse sein.

SPIEGEL: Erst Streibl, dann Gauweiler, jetzt Tandler – kann sich die CSU durch Schwund regenerieren?

Gauweiler: Streibl und Tandler haben für die CSU beste Wahlergebnisse geholt, von denen andere nur träumen können. Und was mich betrifft: Im Moment regeneriere ich mich selbst. Und das kann der CSU nur nützen.

bayerischen Staatspartei. Eine von der SPD in Auftrag gegebene Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen ortete die CSU vergangene Woche bei 44 Prozent (1990: 54,9 Prozent) – ein schlechtes Omen zum Auftakt des Superwahljahres 1994.

Zwar gilt es in der CSU als Sakrileg, öffentlich über den Verlust der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl im September nachzudenken. Ingeheim wird der Katastrophenfall jedoch längst erörtert. Tritt er ein, könnte das, so befürchten CSU-Vorstandsmitglieder, sogar zu Abspaltungen von der Christenpartei führen. Bei der CDU, so kolportieren CSU-Vorständler, gebe es für diesen Ernstfall schon Pläne, um „einen kleinen CDU-Landesverband in Bayern aufzumachen“.

CSU-Generalsekretär Erwin Huber, dessen „Herzenswunsch“ es ist, endlich den Wahlkampf anzukurbeln, stöhnt ob der Amigo-Skandale ohne Ende: „Man könnte schon einen sauberen Grant kriegen.“

Vermutlich wird die CSU auch künftig mehr mit Affären-Management als mit Wahlkampf beschäftigt sein. Im Bayerischen Landtag untersuchen noch vier Ausschüsse Skandale, in die führende CSU-Politiker verwickelt sind. Parteioberer fürchten, daß dabei womöglich auch Ministerpräsident Edmund Stoiber noch bekleckert werden könnte.

Stoibers Beteuerung, er habe von Franz Josef Strauß nur die Sonnenseite gekannt, nehmen ihm altgediente Christsoziale nicht ab. Sie erinnern sich, daß der damalige Chef der bayerischen Staatskanzlei inoffiziell sehr wohl in die Mauseheleien bei Hofe eingebunden war. Im engsten Zirkel, dem sogenann-

„Ich hoffe, das ist der letzte Rücktritt“

ten Franzens-Klub, kursierte das geflügelte Wort: „Des macht der Edi scho.“

Stoiber muß auf der Hut sein, seitdem der Regierungschef offenbarte, daß seine Vorgänger Streibl und Strauß im Gegensatz zu ihm jährlich bis zu 300 000 Mark als Testamentsvollstrecker einer privaten Stiftung in die eigene Tasche steckten.

Volle Rückendeckung hat Stoiber in seinem Kabinett. Geht es nach den Lan-



CSU-Minister Tandler, Chef Strauß (1981)
Italienische Zustände

desministern, dann soll die Familie Strauß die Stiftungsgelder in die karitative Marianne-Strauß-Stiftung einbringen. Im Fall Streibl, der eine eigene Stiftung aus seinen Testamentseinkünften versprochen hat, werden die Mitglieder des Stoiber-Kabinetts allmählich ungeduldig: „Wir wären alle froh“, so Innenminister Günther Beckstein, „wenn die Streibl-Stiftung noch vor Ostern käme und nicht nur mit 30 000 Mark.“

Behutsam setzt sich Stoibers Mannschaft auch vom einst Großen Vorsitzenden Strauß ab, dessen Erbe die CSU immer mehr belastet. Im engen Kreis um den Regierungschef wurde ein Erklärungsmuster entwickelt, wie die Altlast einzuschätzen sei. Die Formel lautet:

1. Strauß war ein großer Mann. 2. Er war kein fehlerfreier Mann. Er hatte Eigenheiten, die man so nicht mehr akzeptieren würde. 3. Stoiber geht einen anderen Weg. 4. Tandler und Gauweiler wollten diesen Weg nicht mitgehen, deshalb wurden sie gegangen.

Der neue Hoffnungsträger des CSU-Chefs Waigel kommt aus Bonn: Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer, 44, soll Nachfolger des zurückgetretenen Parteichefs Tandler werden. Waigels Vorschlag wurde vorige Woche in der CSU einhellig begrüßt. Niemand zweifelt, daß der Kandidat auf dem CSU-Parteitag Anfang September glatt durchkommt.

Waigel hat damit, überraschend für alle, Führungswillen gezeigt, den viele CSU-Mitglieder bislang vermißt haben.

Seehofers Kandidatur ist, so ein Vorstandsmitglied, auch ein „Schachzug gegen Stoiber“. Der hatte verhindert, daß Seehofer bei der Wahl des CSU-Bezirksvorsitzenden von Oberbayern Anfang dieses Monats eine Chance bekam.

Seehofer ist, wie Waigel selbst, von Korruption und Amigo-Skandalen unbelastet. Parteichef Waigel kann daher hoffnungsfroh in die Zukunft sehen. „Der war“, so ein Gefolgsmann, „bei Hofe nie dabei.“ □